

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Monatlich-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat des Jahres angenommen; im
Rheinl. Sachsen und Herzogth. Sachsen-
Weimar auch auf den 1ten Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
best. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,
best. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,
best. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Bischof-Expeditionen.
Rem.-Bart: Es. demotr. Genoss-
schaftsbuchdruck, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: E. Dab, 430 North
3rd Street.
J. Holt, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: J. K. Scott, 215 Wash-
ington Str.
Chicago: H. Darnemann, 74 Clybourn-Str.
San Francisco: J. Eng, 418 O'Farrell Str.
London W.: G. Doyne, 8 New Str.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 65. Mittwoch, 6. Juni. 1877.

Parteigenossen Berlin's!

Die Neuwahl im 6. Berliner Wahlkreis ist auf den 14. Juni angesetzt. Die vereinigten Gegner des arbeitenden Volkes werden Alles aufbieten, um uns den Sieg streitig zu machen — aber sie dürfen ihn nicht erringen!
Wenn alle diejenigen, welche zur Erkenntnis gekommen, daß die heutigen Zustände verrottete sind, an deren Stelle bessere treten müssen, zusammenhalten, so wird das kleine Häuflein der „Zufriedenen“, der „Satten“ nicht im Stande sein, dem Volke den Sieg zu entreißen.
Freilich sind die Mittel Jener groß, um Beeinflussung auf einen Theil der Wähler auszuüben, und den anderen im Schlepptau zu halten; es muß deshalb jedes einzelnen Genossen Bestreben sein, durch energische und rastlose Agitation im Kreis seiner Bekannten und Kollegen Aufklärung über die Ziele der sozialistischen Partei zu schaffen. Nur dadurch, daß die Gegner diese Ziele in ihrer Presse in unverschämtester Weise entstellen und verdrehen, ist es ihnen bis jetzt noch immer gelungen, einen Theil des Volkes, besonders den Kleinmeisterstand, von der großen Bewegung zur Befreiung der Menschheit fernzuhalten, ja gegen diese Bewegung zu hegen.
In den zehn Tagen muß jeder Genosse Agitator sein und nicht rasten noch ruhen, die noch bei Einzelnen herrschenden Vorurtheile zu entfernen, und diese Männer der Partei des Volkes zu gewinnen!
Wähler Berlin's! Die Genossen ganz Deutschland's blicken auf Euch und rechnen auf Euren Sieg! — Sie werden auch, so weit es in ihren Kräften liegt, hinter Euch stehen, wenn Eure Mittel nicht ausreichen, um Alles anwenden zu können, die Anstrengungen der Gegner zu nichte zu machen!
Also frisch auf in den Wahlkampf — der Sieg wird Euer sein!
Hamburg, 3. Juni 1877.
Das Central-Wahlkomité.
Auer. Brauch. Derossi. Weib. Hartmann.

Die Horatier und Curiatier.

Als die beiden Städte im alten Italien, die neuerbaute Roma und die ältere Stadt, Alba Longa, sich bekämpften und zwar um den Preis der Oberherrschaft, lagerten die beiden Heere unthätig wochenlang sich gegenüber.
Fehlte der Muth auf beiden Seiten, scheute man die Menschenleben, deren jene Staaten allerdings nicht so viele überflüssige hatten, als unsere modernen Staaten, — kurzum man kam nicht zum Kampfe.
Da machte der Dictator von Alba Longa den Vorschlag, aus jedem Heere drei Jünglinge zu wählen, die den Entscheidungskampf führen sollten.
Im römischen Heere dienten drei Brüder, die Horatier, und im albanischen Heere gleichfalls drei, die Curiatier; auf welche Seite sich der Sieg entschied, dessen Vaterstadt erhielt die Oberherrschaft über die Nebenbuhlerin.
Und wie nun die Geschichte weiter erzählt, gelang es dem einen noch unverwundeten Horatier, dessen Brüder schon gefallen waren, die drei schon verwundeten Curiatier zu überwinden.
Alba Longa erkannte Roms Oberherrschaft an.
Es waren nur fünf Tode auf dem Schlachtfelde geblieben, wo sonst in der allgemeinen Schlacht deren zehntausend gefallen wären.
Mag die ganze Erzählung auf Sage beruhen, so gibt dieselbe doch von der Anschauungsweise der antiken Völker Zeugnis, welche unbedingt davon überzeugt waren, daß wenn vor solchem Zweikampf Bedingungen von den Dictatoren oder Heerführern besch worden seien, diese auch gehalten würden.
Auch im Mittelalter haben wir noch einzelne Beispiele, wo der Zweikampf über das Geschick ganzer Länderstrecken entschied.
Wenn wir nun auch die Ansicht haben, daß ebenso wie die Kriege, auch die Zweikämpfe auf unethischer Grundlage beruhen, so hat aber ein Zweikampf, der einen Krieg vermeidet, immerhin einen bedeutenden Vorzug vor dem Kriege selbst.
Wie anders stellen sich diese Anschauungen bei den modernen Völkern, die auf der Culturhöhe zu stehen meinen.
Die Zweikämpfe werden um liberale Dornen oft genug geführt oder eines heftig gesprochenen Wortes halber.
Kriege auf Kriege entstehen aus dynastischen Interessen, welche die Männer und Jünglinge der Völker bis zur gegenseitigen Vernichtung und Verwüstung großer Länderstrecken ausfechten müssen.
Könnten sich die Dictatoren der modernen Welt nun bis zur Anschauungsweise der antiken Welt erheben, würden sie selbst mit ihren Nebenbuhlern den Zweikampf eingehen, wie leicht ließen sich da die Consilien lösen.
Das ist jedoch eine recht löbliche Weltanschauung.
Und welche prächtige Gelegenheit hätten jetzt die beiden „ersten Diener“ zweier großer Völker, das „Väterchen an der Rewa“ und der „Nachfolger des Propheten“ zu Stambul, ihre Bravour im Interesse ihrer Völker zu zeigen.
Es handelt sich ja nach des Czaren eigenem Ausspruch nicht um Ländererwerb, sondern um einige Reformen in der Türkei und um die Ehre. Nach modernen Begriffen wird ja letztere genügend gewahrt, wenn ein Zweikampf entscheidet.
Also Czar, also Sultan — heraus die Schwerter, es entscheide der Zweikampf!
„Väterchen“ schüttelt lächelnd das Haupt und schlürft in aller Ruhe ein Gläschen Champagner oder Cognac, bis ihm die Augenlider niederfallen, während tausende seiner „Söhne“ jetzt schon an Arkanheiten und in den Gefechten umgekommen sind; der Sultan aber stüchelt sich, denn er den Ruf hört, hinter die

Unterröde seiner Haremsherrinnen und vergißt bei solchen Freuden die großen Opfer, die die Gläubiger seinerwegen bringen müssen.
Und wenn ihr Herrscher selbst nicht kämpfen wollt oder könnt, so mögt ihr einige eurer Generale schicken, die auch gewöhnlich dem Sprüchwort huldigen: „Zeit davon ist gut vor dem Schuß“ — damit sie den Zweikampf ausfechten.
Aber selbst wenn solche Zweikämpfe in unser modernes Leben eingeführt würden, sie könnten sich nicht bewähren. Wir hegen die gerechte Befürchtung, daß die Bedingungen, welche vor dem Zweikampf festgestellt worden wären, nachher von der doppelzüngigen Diplomatie wieder entstellt oder bestritten und dann nicht gehalten würden.
Aus demselben Grunde können wir uns auch nicht für ein europäisches Schieds- oder Friedensgericht begeistern, weil die Mächte dasselbe nur in soweit respektiren würden, als die Bedingungen, welche es stellte, ihnen conuenirten.
Bei obigen Ausführungen leitete uns die Absicht, die Denkwürdigkeit der Mächten in der antiken und in der modernen Welt zu zeigen; einen praktischen Vorschlag hatten wir selbstverständlich nicht im Auge.
Wir kennen, um die Kriege zu verhindern, auch nur einen einzigen. Und dieser lautet: Das Volk muß bestrebt sein, die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse zu beseitigen, es muß eine allgemeine Rechtsgrundlage schaffen, auf welcher Freiheit und Gleichheit „Alles dessen, was Menschenanständig trägt“, blühen und gedeihen können. Mit einem Wort: die Culturvölker müssen die Fahne des Sozialismus ergreifen, sie ist die Fahne der Versöhnung, sie ist die Fahne des ewigen Friedens.
Je lauter der Donner der Schlachten brüllt, je schmerzhafter das Geächze der Verwundeten, das Jammer der Verlassenen tönt, je unheimlicher das Wimmern der Sterbenden klingt, desto fester muß in der Brust des freiheitsliebenden Mannes der Gedanke reifen, daß diesem menschenhänderischen Unfug ein Ende gemacht werden muß.
Also nochmals, angesichts des Krieges, der im Osten Europas toset, angesichts des entbrennenden Völkerkrieges — Männer der Arbeit, Männer des Rechts, Männer des Gedankens, scharf Euch um die Fahne der Brüderlichkeit, um die rote Fahne des Sozialismus!

Sozialpolitische Uebersicht.

Die Ohnmacht des Reichstags ist wieder einmal handgreiflich bewiesen worden: der Bundesrath hat das Loser'sche Juggenzwang-Notthgesetz in den Papierkorb speidert. Makulatur war es von Haus aus, und Thranen werden dem verunglückten Nachwerk nicht nachgeweiht werden. Wie dem aber sei, die Reichstagsmajorität hat eine Ohrfeige bekommen.
Die Deffentlichkeit der Wahlen betreffend hat der preussische Minister des Innern, nach der „Nordd. Allg. Stg.“, an die Regierungsbehörden in Bezug auf die Interpretation eines Punktes der Wahlvorschriften für den Reichstag im Einverständnis mit dem Reichszentraler ein Circular gerichtet. Darin wird zunächst die Frage, ob die Deffentlichkeit der Wahlhandlung nur bis präzis 6 Uhr Abends zu dauern habe, und ob der Wahlvorsteher berechtigt sei, von da ab zur Feststellung des Wahlergebnisses das Wahllokal zu räumen oder zu schließen, verneint. Die Ermittlung des Abstimmungsresultates in den einzelnen Wahlbezirken bildet einen wesentlichen Theil der Wahlhandlung. Diese Auffassung des Begriffs der Wahlhandlung findet ihre Bestätigung im § 18 Abs. 2 des Wahlreglements, wonach einer der Beisitzer die Stimmzettel bis zum Ende der Wahlhandlung aufzubewahren hat, und in Abs. 3, wonach die geführte Gegenliste beim Schluß der Wahlhandlung vom Wahlvorstande zu unterschreiben ist. Dem gegenüber kann es nicht in Betracht kommen, daß nach dem Wortlaut des § 9 des Reglements die Wahlhandlung um 6 Uhr geschlossen wird, da nach § 17 um 6 Uhr die Abstimmung für geschlossen erklärt wird. — Mit der Deffentlichkeit der Wahlhandlung wären wir nun im Reinen — aber wie steht es denn mit der Wahlfreiheit? Darf jeder beliebige Beamte oder Fabrikant die Wahlen beeinflussen, oder ist eine Beschränkung der freien Wahlen ungesetzlich? Ein Circular wäre auch in diesem Falle sehr am Platze.
Nieder mit der Großproduktion! Diesen Ruf schob man vielfach den Sozialdemokraten früher in die Schuhe und mancher Arbeiter glaubte, daß der Großbetrieb die Ursache alles Uebels sei. Die Erkenntnis ist aber jetzt bald überall hingebungen, daß die Parole für die Gesamtheit nicht heißt: Nieder mit dem Kapital! sondern: Her mit dem Kapital zur gemeinschaftlichen Großproduktion! „Daß die kapitalistische Produktionsweise den Sozialismus vorbereitet, so schreibt unser Hamburger Parteiorgan, wird recht deutlich klar an der Zudersfabrik in Wesselsburen. Dieselbe hat in letzter Zeit durchschnittlich täglich 40 Morgen in die Saal gebracht. Das von ihr gesieete Sommerkorn sieht, wie es bei der sorgfältigen Bearbeitung durch die besten landwirthschaftlichen Maschinen und bei der energisch betriebenen Drainage zu erwarten war, ganz vortreflich. Die Ausdehnung des landwirthschaftlichen Betriebs der Fabrik ist aber von bedeutendem Einfluß auf den ganzen Habitus des Kirchplatzes geworden. Statt der um diese Jahreszeit regen Bauhätigkeit der Landwirthe sieht man jetzt Arbeiter mit dem Niederreihen und Abbrechen von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden beschäftigt; wo einst prächtige Bauernhöfe standen, zieht jetzt der Pflug seine Furchen. Eine große Anzahl von Gebäulichkeiten sind nämlich in Folge der von der Zudersfabrik gemachten Anläufe und Pachtungen überflüssig geworden. Auf diese Weise

ebnet der Kapitalismus dem Sozialismus die Bahn und die Zeit wird bald kommen, daß der Bauer einsehen lernt, wie schnell er dem Proletariat verfällt. Das Schimpfen auf die Sozialisten ist darum eine fürchterliche Dummheit.“

Zum Kapitel der Leibeigenschaft. In unserem freien Deutschland können die „Knechte“ und „Mägde“ durch Haft wegen Widerständigkeit bestraft werden. So berichtet der „Graudenz. Ges.“: „Der Kreisaußschuß des Kreises Rotenberg in Westpreußen hatte sich mit der Frage beschäftigt, ob die Anwendung unmittelbaren Zwanges gegen widerspänstiges Gefinde angesichts der neueren Gesetzesbestimmungen noch zulässig sei, und hatte sich in dieser Sache an den Minister des Innern gewendet. Der letztere nimmt in seinem Bescheide Bezug auf eine von ihm in derselben Angelegenheit an die Stettiner Regierung erlassene Verfügung. In dieser Verfügung spricht der Minister seine Bedenken aus, die Frage, ob die von den Ortspolizeibehörden in Gefindestreitsachen erlassenen vorläufigen Entscheidungen noch jetzt ohne Rücksicht auf den erhobenen Widerspruch vollstreckt seien, allgemein zu entscheiden, ohne daß spezielle Fälle zu einer solchen Entscheidung Anlaß geben. An und für sich sei das Reskript vom 17. April 1872 nicht aufgehoben. Das Reskript verordnet nun, daß in den Fällen, in welchen es sich um eine Weigerung des Gefindes, im Dienst zu bleiben, handelt, die Polizeibehörde die vorläufigen Bestimmungen zu erlassen und sie auch zu vollstrecken hat. Diejenigen Parteien, welche sich bei dieser Bestimmung nicht beruhigen wollen, können zwar versuchen, vor Gericht ein anderes Urtheil zu erstreiten, sie sind aber verpflichtet, bis zur Entscheidung des Richters den Bestimmungen der Polizei Folge zu leisten. Da nach § 38 des Kompetenzgesetzes die Anwendung unmittelbaren Zwanges zulässig erscheint, wenn die betr. Anordnung ohne einen solchen undurchführbar ist — hat der Kreisaußschuß die Ansicht gewonnen, daß widerspänstiges Gefinde auch jetzt noch durch sofortige Vollstreckung mit Haftstrafe zum Verbleiben im Dienst gezwungen werden darf.“

Also haben wir hier schon Gefängnisstrafe für den Contractbruch. Und wer bestimmt dieselbe? Die Polizei, die vielfach mit den Grundbesitzern litet ist; sie urtheilt über die „Widerständigkeit“, sie urtheilt, wer sie verursacht hat und wird höchst wahrscheinlich meist das Gefinde verurtheilen. Das sind Zustände, welche die Auswanderungslust der Arbeiter wahrlich nicht vermindern und die Gutbesitzer mögen sich es selbst zuschreiben, wenn sie die Arbeitskraft immer theurer bezahlen müssen. Doch so müssen die Verhältnisse sich erst zuspitzen — dann kommt das Volk, wenn auch spät, zur Erkenntnis.

Die Gleichheit vor dem Gesetz ist im Prinzip eine schöne Sache, aber noch schöner wäre es, wenn sie auch in Wirklichkeit bestünde, was aber, namentlich wenn Sozialdemokraten im Spiele sind, nicht immer der Fall ist. Parteigenosse Just in Breslau z. B. wurde entgeltlich auch in letzter Instanz zu einer Geldstrafe verurtheilt, weil auf einem von ihm unterzeichneten Wahlflugblatt neben dem Wohnort nicht auch die Wohnung angegeben gewesen sei; und doch sind, wie die „Wahrheit“ in Breslau berichtet, sämtliche liberale Flugblätter, die durchweg namenlos und daher auch ohne Angabe des Wohnorts des Herausgebers erschienen sind, unverfolgt geblieben. — Heißt das auch Gleichheit vor dem Gesetz?

Am 23. Mai wurden vom großherzoglichen Kreisgericht zu Weimar der bisherige Verleger der „Thür. Freien Presse“, Buchhändler C. Kettel, sowie der Mitredakteur Herr Fr. Leuschke wegen verschiedener Beamtenbeleidigungen zu je 5 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Congress der Sozialdemokraten Deutschlands.

(Schluß.)
Die Sitzungen wurden am 29. Mai gegen 1/9 Uhr früh eröffnet. Nachdem eine Inskription aus Genf verlesen, referirte Tölkle als Vertreter der Organisations-Commission. Er erklärte, die Commission sei zu der Erkenntnis gekommen, daß in Preußen eine Partei-Organisation unmöglich geworden, weil dort in Bezug auf Vereinswesen vollständige Rechtslosigkeit herrsche. Die Partei jedoch sei jetzt soweit erstarkt und so allgemein verbreitet, namentlich auch durch die Bemühungen Tesjendorff's, daß sie keine bestimmte Organisation mehr brauche. Die Commission empfiehlt daher, alle auf Organisation bezüglichen Anträge abzulehnen und es ganz den Genossen an den einzelnen Orten zu überlassen, wie sie sich zusammensuchen und für die Partei thätig sein wollen. — Dies wurde einstimmig acceptirt. Es wurde vorgeschlagen, zur Wahrung der Interessen der Partei ein Central-Wahlkomité zu wählen, welches aus 5 Mann bestehen soll, aus zwei Vorsitzenden, zwei Sekretären und einem Beisitzer. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Ferner wurde bestimmt, einen Ort zu wählen, in welchem die Parteigenossen eine Commission zu ernennen haben, welche die Thätigkeit des Centralcomités zu unterstützen, resp. zu controliren hat.
Mehrere Anträge, welche nun zur Debatte gelangen, wollten für die Zukunft festgesetzt wissen, daß ein sozialistischer Candidat nur in einem officiellen Wahlkreise aufgestellt werde. Diese Anträge wurden nach kurzer Debatte mit großer Mehrheit angenommen. Anschließend daran wurde noch beschlossen, für den Fall, daß in Folge etwaiger Auflösung des Reichstages bereits im nächsten Jahre wieder eine Wahl stattfindet, dem Centralcomité im Einverständnis mit der Controlcommission die Be-

Stimmung zu überlassen, welche Wahlkreise als offizielle zu betrachten seien.

Liebknacht beantragt, den Verkauf der Photographien lebender Sozialisten zu verbieten und möglichst zu beschränken. Der Antragsteller erklärt, von aller Götterdienerei sei der Personencultus der gefährlichsten und verwerflichsten. Er tadelt namentlich in schärfster Weise den Cultus, welcher mit sozialistischen Reichstagsabgeordneten getrieben wird und bezeichnet denselben geradezu als Unfug. Der Antrag wird angenommen.

Ein Antrag, welcher fordert, die Partei möge in Zukunft von der Beteiligung an den Reichstagswahlen absehen, da der Reichstag ja doch machtlos sei, findet keine Unterstützung und fällt dadurch ohne Debatte.

Man kommt zum 3. Punkt der Tagesordnung, die Parteipresse.

Seib in Hamburg beantragt: Eine wissenschaftliche Revue in geeignetem Format vom 1. Oktober ab in Berlin monatlich 2 Mal herauszugeben und bis zu genanntem Termine dem „Vorwärts“ alle vierzehn Tage eine wissenschaftliche Beilage beizugeben, damit die wissenschaftliche Seite der Bewegung berücksichtigt werde.

Der Antragsteller erläutert das Projekt und erklärt, daß die Partei in der glücklichen Lage sei, das Blatt unverhältnismäßig billig herzustellen, da ein Parteigenosse zu diesem Zwecke jährlich eine namhafte Summe zur Verfügung stelle.

Ramm bekämpft den Antrag, weil die Mehrzahl der Parteigenossen das Abonnement auf den „Vorwärts“ schon schwer genug aufzubringen vermöchten und das neue Blatt nicht würden halten können. Der Redner wünscht, daß die vorhandenen Zuschüsse zu einer Erweiterung des „Vorwärts“ benutzt würden.

Grillenberger wünscht, die wissenschaftliche Revue dem „Vorwärts“ als Beilage beizugeben.

Reißer tritt für die Gründung der Revue ein, durch welche wissenschaftliche Klarheit verbreitet und dadurch das Parteiinteresse gefördert werde.

Reißer erklärt sich gegen die Ansicht Grillenberger's, da ausführliche wissenschaftliche Polemiken (nach Art der jetzt erscheinenden Artikel gegen Dühring) für den „Vorwärts“ nicht unbedingt als geeignet zu bezeichnen seien.

Bebel macht gegen die Bedenken Ramm's geltend, daß ein Blatt, wie die projektirte Revue, durch Auslegen in Arbeiterlokale u. den Parteigenossen leicht zugänglich gemacht werden könne. Es würde in der Revue mancher Artikel erscheinen, der sonst als Broschüre herausgegeben werden müßte.

Der Antrag Seib's wird angenommen.

Frühke wünscht die Festsetzung des Congresses darüber herbeizuführen, ob es den sozialistischen Abgeordneten freigestellt sein solle, sich im Reichstage aus praktischen Gründen eventuell mit den bürgerlichen Demokraten zu vereinigen.

Liebknacht: Verhandlungen hätten nicht stattgefunden, bloß kurze Besprechungen, und zwar nur mit Holthof, der die Sache angeregt, sich aber sehr bald überzeugt habe, daß er mit seinen Anschauungen allein stehe, indem seine Kollegen Bayer und Kettler ihm erklärten, sie könnten sich einer Fraktion, wie er sie beabsichtigt nicht anschließen. Von einer eigentlichen Fraktionsbildung hätte überhaupt nicht die Rede sein können, höchstens von einem regelten, geschäftlichen Zusammengehen in gewissen Fragen. Zudem auch das sei ja überflüssig, da unsere Abgeordneten obgleich nicht 15 Mann stark, doch in der Lage seien, für alle Anträge die nötige Stimmenzahl zu erlangen, wenn nicht bei den Mitgliedern der Volkspartei, dann anderswo. Kurz, der Plan habe von Anfang an in der Luft gestanden, und es sei, nach dem Mitgetheilten, gar nicht daran zu denken, daß er sich verwirkliche. Daß die sozialistischen Abgeordneten sich in keine Compromisse einlassen würden, verstände sich von selbst.

Blos schließt sich dem an. Man geht unter Berücksichtigung dieser Erklärungen zur Tagesordnung über.

Es folgt eine Reihe von Anträgen, welche Wünsche in Bezug auf die Parteipresse und besonders auf den „Vorwärts“ enthalten. Dieselben fallen zum Theil wegen mangelnder Unterstützung.

Oldenburger erläutert die Nothwendigkeit eines kleineren, billigen Parteiorgans, durch welches die Parteigenossen, denen es nicht möglich ist, größere Blätter zu lesen, über die sozialistische Bewegung in Deutschland unterrichtet werden. Er schlägt vor, daß dasselbe monatlich ein Mal und zwar an einem Orte erscheinen solle, wo nicht zu fürchten ist, daß es dem dort etwa bestehenden Lokalblatt Konkurrenz mache.

Reißer beantragt, ein solches Unternehmen zu gründen und mit der Ausführung desselben Oldenburg zu beauftragen. Das-

selbe solle pro Quartal 50, pro Monat 20 Bfg. kosten. Dieser Antrag wird angenommen.

Ferner wird beschlossen, daß zur besseren Organisation der Parteipresse eine sozialdemokratische Correspondenz geschaffen werde, welche insbesondere Berichte über die Reichstagsverhandlungen, sowie über die soziale Bewegung des In- und Auslandes für unsere Lokalpresse bringt. Die Kosten können durch von den Lokalblättern zu erwerbende Abonnementsgebühren und eventuell durch einen Zuschuß der Partei aufgebracht werden. Als Ort, wo diese Correspondenz erscheinen soll, wurde Berlin bestimmt. Der Schluß der Vormittagssitzung erfolgte 12 1/2 Uhr.

Die Nachmittags-sitzung wurde kurz nach 3 Uhr eröffnet. Man debattirte mehrere Anträge, die sich auf die Haltung resp. die Schreibweise des „Vorwärts“ bezogen. Im Allgemeinen wurde anerkannt, daß der „Vorwärts“ seine Aufgabe erfülle. Einige Einwände, welche dahin hingingen, der „Vorwärts“ enthalte zu wenig agitatorische Artikel, wurden zurückgewiesen, durch die Bemerkung, es handle sich nicht darum, nur aufzuregen, sondern vorzugsweise aufzuklären und dies geschehe ganz gewiß durch den „Vorwärts“. Hasselmann fragt an, weshalb der „Vorwärts“ zur Geburtsstagsfeier Lassalle's keinen Leitartikel gebracht habe, obwohl Hasenclever ihm vorher gesagt, ein solcher werde geschrieben werden. Hasenclever bemerkt, daß er den 11. April noch auf der Reise gewesen sei und im Drange der Geschäfte vergessen habe, einen derartigen Leitartikel einzusenden. Er habe aber gleich nach seiner Ankunft in Leipzig einen Artikel: „Anfang einer Briefkastentour“ gebracht, der gewiß auch dem glänzendsten Lassalleverehrer Rechnung tragen müßte. Im Uebrigen bemerkte er Hasselmann, daß es sehr zweifelhaft sei, ob die Verehrung Lassalle's, die sich nicht in dem fortwährenden Anrufen seines Namens documentire, in der Redaktion des „Vorwärts“ oder in der Redaktion der „Bergischen Volksstimme“ größer sei. Im Uebrigen sei es genug, wenn jedes Jahr der Todestag Lassalle's gefeiert werde.

Liebknacht: Der „Vorwärts“ sei kein wesentlich agitatorisches Blatt, und könne es nicht sein. Das habe sich bei den Wahlen gezeigt, wo die Agitation von den Lokalblättern betrieben worden sei, während der „Vorwärts“ gerade wegen seines Charakters als allgemeines Parteiorgan sich nur allgemein an der Wahlbewegung habe betheiligen können. Darum habe er auch durch den Wahlkampf keinen Abonnentenzuwachs erlangen können, wie die Lokalblätter. Der „Vorwärts“ hat vor Allem die geistige Führung zu übernehmen, und zu diesem Zweck muß er belehrende, wissenschaftliche Artikel bringen; und mitunter auch solche, die auf die fortgeschritteneren Parteigenossen berechnet, durch welche ihr Inhalt dann doch in die Massen komme. „Populär“ sei ein sehr dehnbarer Begriff, die „Vorwärts“-Artikel seien mit geringen Ausnahmen durchaus populär — freilich nicht in dem Stil Hasselmann's, den er aber nicht kritisiren wolle. Warum schreibe Hasselmann nicht für den „Vorwärts“? Die Redaktion sei ihm angeboten gewesen — er habe sie abgelehnt; er habe ihm (Liebknacht) nach dem vorigen Congress in Berlin versprochen, für den „Vorwärts“ schreiben zu wollen — er habe das nicht gethan, dagegen die „Rothefahne“ gegründet. Die „Rothefahne“ sei unzweifelhaft ein Konkurrenzunternehmen gegen den „Vorwärts“ und betone den spezialistischen Lassalleanismus in einer Weise, daß es den Anschein gewinnen könne, als solle eine Spaltung provoziert werden. Am Geburtstag Lassalle's sei Hasenclever nicht anwesend gewesen, er (Liebknacht) habe es nicht für nöthig gehalten, einen Artikel zur Feier des Geburtstages Lassalle's zu bringen, weil er glaube, daß diese Art des Personencultus nicht im Geiste unserer Partei und jedenfalls auch nicht im Geiste Lassalle's sei. Dagegen sei die Redaktion der Ansicht, daß der Todestag Lassalle's, ähnlich wie früher der Todestag Plum's, als allgemeiner Gedenktag an unsere Märtyrer, als ein sozialistisches Todtenfest gefeiert werde. Er habe vor Jahresfrist diesen Gedanken in einer großen Parteiverammlung in Hamburg, wo Lassalle treue Anhänger habe, ausgesprochen, und der Gedanke habe allgemeinen Anklang gefunden; daß die deutschen Arbeiter Lassalle hochhalten, sei ganz in der Ordnung, aber allzuviel sei schädlich.

Hasenclever: Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, frage er bei Liebknacht an, ob er, im Falle er (Hasenclever) einen Artikel eingekauft haben würde, diesem die Aufnahme verweigert hätte. — Liebknacht verneint dies — selbstverständlich wäre der Artikel aufgenommen worden. (Diejenigen Blätter, welche auch eine Spaltung zwischen Liebknacht und Hasenclever bemerkt haben wollen, mögen sich den wahren Hergang der Debatte hinter die Ohren schreiben.)

Hasselmann erklärt, er habe nur Aufklärung in dieser Frage erhalten wollen. Im Uebrigen habe keiner das Recht,

ihn wegen der Herausgabe der „Rothefahne“ zu verdächtigen; die „Rothefahne“ habe er in's Leben gerufen, um dadurch seine Arbeitskraft den andern Parteiblättern im Rheinland unentgeltlich zur Verfügung stellen zu können. Die „Rothefahne“ brauche er nicht zu verteidigen. Sie wirke für sich selbst. Im Rheinlande wird der Geburtstag Lassalle's alljährlich gefeiert, deshalb sei den dortigen Arbeitern das Schweigen des „Vorwärts“ aufgefallen.

Liebknacht constatirt, daß Hasselmann in Hamburg vor fast leerem Hause eine Festsrede zur Lassalle's Geburtsstagsfeier gehalten habe. Was die „Rothefahne“ betrifft, so wirke sie allerdings für sich selbst, aber auch nach der „Bräuner Seite hin“. Er wiederholt: Der „Vorwärts“ betrachte es als seine Hauptaufgabe, Aufklärung zu bringen.

Hasselmann bestreitet, daß das Fest in Hamburg so schlecht besucht gewesen sei und verwahrt sich gegen jegliche Identificirung mit den „Bräunern“.

Hier vertheidigt den Antrag, daß der „Vorwärts“ mehr populäre Artikel anstatt der langen wissenschaftlichen, denen man einen andern Platz anweisen könne, bringen möge.

Es wurde beschlossen: „Der „Vorwärts“ möge mehr populäre Artikel bringen.“

Ein Antrag, den „Vorwärts“ nach Berlin zu verlegen, erlangte nur eine Unterstützung von 6 Stimmen.

Roß und Genossen beantragen: Da Artikel, wie die Polemik Engels contra Dühring für die große Mehrzahl der Leser des „Vorwärts“ interesselos sind, haben solche Artikel in Zukunft aus dem „Vorwärts“ fortzulassen.

Nachdem ein Antrag, dahingehend, die Angelegenheit rein formell und vom praktischen Gesichtspunkte aus zu behandeln, angenommen worden, beantragt Bebel, in Anbetracht der Länge dieser Artikel, in Anbetracht des Umstandes, daß dem Angegriffenen ein gleicher Raum zur Vertheidigung eingeräumt werden müßte und es sich nur um eine wissenschaftliche Streitfrage handle, die Artikel künftig in Form einer Broschüre herauszugeben.

Liebknacht meint, da der Roß'sche Antrag nun zu einem Messer ohne Stiel und Klinge geworden sei, habe eine Debatte keinen Sinn mehr.

Roß zieht seinen Antrag zu Gunsten des Bebel'schen zurück, der von Bebel auf rein sachliche Gründe zurückgeführt wird, unter ausdrücklicher Erklärung des Einverständnisses mit den Engels'schen Artikeln.

Bahlke erklärt, daß er mit der Haltung des „Vorwärts“ im Allgemeinen stets zufrieden war und um so mehr werde die Redaktion ihm glauben dürfen, wenn er konstatire, daß die Ausnahme der Engels'schen Artikel ein Mißgriff gewesen sei, welcher dem Blatte und der Partei großen Schaden bringe. Die Art und Weise, wie Engels dozire, sei für die Mehrzahl der Parteigenossen unverdaulich. Marx und Engels haben der Sozialdemokratie viel genützt und werden ihr hoffentlich noch viel nützen, dasselbe gilt aber auch von Dühring, wir haben Alle im Interesse der Partei zu benützen, aber wenn sich die Professoren streiten, sei der „Vorwärts“ nicht das Forum, vor dem dieser Streit ausgefochten werden dürfe.

Liebknacht: Er begreife den ganzen Wärm nicht. Nachdem man beschlossen, in die eigentliche Streitfrage nicht einzugehen, und nachdem man weiter die Gründung einer wissenschaftlichen Beilage und „Revue“ beschlossen, sei die Debatte vollkommen sinnlos. Natürlich werden in Zukunft solche Artikel in dieser Beilage resp. „Revue“ veröffentlicht werden. Aber ehe dieselbe gegründet war, hatten wir kein anderes Blatt zur Veröffentlichung als den „Vorwärts“. Die Veröffentlichung war aber durch den vorjährigen Congress beschlossen, und zwar auf Provokation von „Dühringianern“. Die Artikel erschienen Manchem „zu lang“, — man konnte doch der Redaktion des „Vorwärts“ nicht zumuthen, einem Mann wie Engels, der an wissenschaftlicher Bedeutung nur mit Marx zu vergleichen, Vorschriften zu machen, wie lang oder kurz er schreiben sollte. Lang mußten und müssen die Artikel sein, weil es sich darum handelt, die in dieselbigen Bänden gemachten Angriffe Dühring's auf der ganzen Linie zurückzuweisen, und sein ganzes System — philosophisch, naturwissenschaftlich und ökonomisch zu widerlegen. Engels habe dies glänzend gethan. Seit dem Erscheinen des Marx'schen „Kapital“ halte er (Liebknacht) diese „Dühring'schen Artikel“ für die bedeutendste wissenschaftliche Arbeit, die aus dem Schooß der Partei hervorgegangen. Und sie sei im Interesse der Partei nothwendig gewesen, denn Dühring habe durch seine Angriffe auf Lassalle und Marx, d. h. die Männer, denen vor Allen die wissenschaftliche Grundlage unserer Partei verdanken, die Partei selbst in ihrem innersten Wesen angegriffen, es galt den Boden zu verteidigen, auf dem wir stehn. Das-

Prozeß Dieß-Daber.

(Fortsetzung.)

Der Angeklagte protestirte gegen die Unterstellung, als enthielten seine Briefe irgend eine Zustimmung zu der Haltung der „Reichsglocke“, er habe nur seine Zustimmung zu einem ganz bestimmten Artikel derselben: „Kirche und Staat“ erklärt. In Bezug auf die in Stargard gethane Aeußerung zu dem Gutsbesitzer Hammerstein und dem Rittergutsbesitzer v. Bergell, „er besitze Material genug, um zu beweisen, daß Fürst Bismard durch Bleichröder über eine halbe Million Aktien der Central-Bodenkreditgesellschaft erhalten und mit 20 Proz. Advance verkauft, worin zwar nichts Strafbares liege, es sei aber auch nicht gentlemanlike“, erklärte der Angeklagte, er habe gesprächsweise im Coupé geäußert, er besitze ziemlich sichere Nachrichten von Brandenburg über die Sache und etwas müsse daran sein. Uebrigens habe er sofort hinzugesetzt, es käme ihm nicht darauf an, den Fürsten Bismard irgendwie zu schädigen, sondern ihn von unflätheren Quellen zu trennen, und das habe er für seine patriotische Pflicht gehalten.

Betreffend die Aeußerung zu dem Gutsbesitzer Grafen von Borde: er habe Bedenken gegen die Verwaltung Bismard's, welche leicht in Abhängigkeit von Bleichröder gerathen könne, der ihm aus Verlegenheiten geholfen, deponirte der Angeklagte, dieses Gespräch habe auf einer Jagd bei seinem Schwiegerohn stattgefunden, und sofort habe er hinzugesetzt, es sei sehr wohl möglich, daß Bismard's Name dabei gemißbraucht werde. Später habe ihm v. Borde mitgetheilt, er sei bei einem Besuche in Warzin von dem Fürsten selber dahin bedeutet worden, er wisse von allen diesen Vorgängen nichts, er könne durch seine Bücher nachweisen, daß er Aktien der Central-Bodenkredit-Gesellschaft nicht besitze. Und wieder später habe v. Borde ihm gesagt, er glaube jetzt auch, daß etwas daran sei, aber den Fürsten treffe keine Schuld, möglich jedoch, daß Bleichröder nicht ganz rein dastehet.

Ferner bestreitet der Angeklagte auf's bestimmteste den Gebrauch des Ausdrucks: „er werde den Kaiser aus den Klauen dieses Mannes befreien.“ Der Richter in Raugard habe ihm f. B. die Aussage des Herrn v. Petersdorff vorgelesen, zu dem er die Aeußerung gethan haben solle, und da sie ganz bestimmt,

daß dergleichen Aeußerungen nicht gefallen seien. Gelegentlich eines Frühstückes im Hotel de Prusse zu Stettin sei die Frage aufgeworfen worden, ob der Kaiser wohl die „Reichsglocke“ lese, und da habe er die Bemerkung fallen lassen, er glaube, der Kronprinz lese das Blatt, ab und zu auch der Kaiser, dem das Blatt durch eine Dame bei Hofe, die aber nicht etwa die Kaiserin sein solle, angeblüht ab und zu zugestellt werde, mehr habe er aber nicht gesagt.

Der letzte Punkt der Anklage betrifft die angebliche Aeußerung zu Herrn v. Hülow auf der Jagd bei Ramin: er (der Angeklagte) besitze jetzt genügendes Material gegen den Fürsten, jetzt müsse er ran, er müsse noch so klein werden, daß er das Brod aus der Hand eines ehrlichen Junkers esse. Der Angeklagte bestritt eine derartige Aeußerung, will vielmehr nur gesagt haben, Fürst Bismard habe keinen Respekt mehr vor Charakteren, er müsse erst wieder lernen, Respekt vor dem Charakter auch des einfachsten pommer'schen Junkers zu haben.

Damit ist das Verhör des Angeklagten beendet und es beginnt das Zeugenverhör, zu welchem zwölf Personen geladen sind. Unter denselben wieder der Geheime Commerzienrath v. Bleichröder, dessen Körperzustand sich eher noch verschlimmert als verbessert hat; ferner der Chef des Frankfurter Bankhauses, Herr Meyer Karl v. Rothschild, der sehr schwerhörig ist, und der Staatssekretär a. D. v. Thiele, der zu dem Angeklagten in einem weiteren verwandtschaftlichen Verhältniß steht. Herr v. Rothschild beantwortete die Frage, ob ihm Jemand Geschenke oder Geld für eine bestimmte Anklage geboten, mit einem entzückten: „I behüte!“

Herr v. Bleichröder, über sein geschäftliches Verhältniß zu dem Fürsten Bismard befragt, ließ sich wie in den früheren Prozeßten dahin aus, daß weder durch ihn, noch durch sein Haus, noch durch irgend einen seiner Beauftragten ein Geschäft in Central-Bodenkreditaktien in Höhe von einer halben Million gemacht worden sei. Auf die Frage des Angeklagten, wie sich denn der Irrthum der Verwechslung der preussischen mit den russischen Bodenkreditaktien aufklärte, welche im Meyer'schen Prozeß erwähnt wurde, antwortet der Zeuge, er wisse nicht mehr genau, wann Fürst Bismard an ihn die Frage stellte, ob er auch preussische Bodenkreditaktien für ihn gekauft habe, so viel sei ihm jedoch in Erfahrung gekommen, daß in Stammaktien

niemals etwas gekauft worden, sondern daß die einzigen Umsätze die gemacht worden sind, preussische und russische Bodenkredit- und Pfandbriefe betrafen.

Der Angeklagte behauptet ferner, der Irrthum sei dadurch aufgeklärt worden, daß Bleichröder damals nach Durchsicht seiner Bücher dem Fürsten erklärt habe, es liege vor der Notiz ein „M.“ (russisch). Das sei aber nach seiner Ansicht ganz unmöglich, denn russische Bodenkredit-Pfandbriefe seien niemals über den Kurs von 92 hinausgegangen. Der Zeuge richtete sich erregt an den Angeklagten die Frage, woher er denn eigentlich so genau über diese „M's“ in seinen Büchern unterrichtet sei, worauf Dieser antwortete, daß Bismard's Bruder der Herrgang so dargelegt habe.

Nachdem der Zeuge v. Bleichröder nochmals versichert, daß Geschäfte in Bodenkredit-Aktien niemals von seinem Hause für den Reichskanzler oder irgend ein Mitglied seiner Familie gemacht worden, verwies Rechtsanwalt Quenstedt auf den Umstand, daß der Zeuge früher nur den Kauf und Verkauf von russischen Bodenkredit-Pfandbriefen zugegeben, ein solches aber von preussischen Pfandbriefen bestritten habe, während er diese Thatsache heute zugebe. Der Audienzprotokoll in dem Meyer'schen Prozeß habe auch in sprüchlich „preussische“ Bodenkredit-Pfandbriefe aufgeführt, nachher sei aber dieses Wort ausgestrichen.

Der Gutsbesitzer v. Flemming stellt die Auslassung des Angeklagten in dem Stettiner Hotel wie folgt dar: Auf die zufällig aufgeworfene Frage, ob der Kaiser wohl die „Reichsglocke“ lese, habe der Angeklagte geantwortet: Nein, das leide Fürst Bismard nicht, aber eine Dame bei Hofe stelle dem Kaiser das Blatt von Zeit zu Zeit zu. Ob Herr v. Dieß den Ausdruck gebraucht, „er werde den Kaiser den Klauen des Ministers entreißen“, könne er nicht bestimmt behaupten, jedenfalls sei es eine drahtische Redensart gewesen.

Herr Meyer Karl v. Rothschild: Es sei bei der betreffenden Gründung niemals von einer Consortialbetheiligung von ein oder einer halben Million oder auch nur von einer Pfennig oder von der Betheiligung eines Dritten oder Unbekannten die Rede gewesen; auch von einer Aeußerung an den verstorbenen v. Savigny über die Betheiligung Bismard's wisse er nichts. Er bedaure überhaupt, daß die Verstorbenen

hat Engels gethan, und dafür sind wir ihm dank schuldig. Aber er hätte es seiner thun sollen. Nun, einen Gegner, mit dem es Ernst ist, packt man nicht mit Glacéhandschuhen an. Uebrigens hat Engels niemals „geschimpft“ — wo starke Ausdrücke vorkommen, sind sie stets durch den Sinn gerechtfertigt. Und er hat sich ja gleich zu Anfang den Spott gemacht, einige Dühring'sche Kraftsprüche aufzuführen. Jedenfalls haben die Anhänger der Herrn Dühring kein Recht, sich über zu werbe Sprache und über „Schimpfen“ zu beklagen, denn Niemand hat wohl je in diesem Punkt Erhöheres geleistet als Herr Dühring.

Nach kurzer Debatte wurde der Antrag Bebel's mit der von Liebknecht vorgeschlagenen Modification: derlei Artikel in der wissenschaftlichen Zeitschrift des „Vorwärts“ oder in der wissenschaftlichen Revue, eventuell in Broschürenform, zu veröffentlichen, angenommen.

Bezüglich der „Neuen Welt“ wurde beschlossen, aus praktischen Gründen künftig den Jahrgang am 1. Oktober zu beginnen und am 30. September zu beenden.

Es folgte nun die auf allen Congressen übliche Debatte über die Lokal-Parteiblätter. Viel Neues kam dabei nicht zu Tage. Hierauf tritt eine halbstündige Pause ein.

Nachdem die Verhandlungen wieder aufgenommen und mehrere Protokolle verlesen worden sind, werden einige Anträge auf Gründung von Blättern, darunter eines in dänischer und eines in polnischer Sprache, dem Centralcomité zur besondern Berücksichtigung empfohlen.

Weib bemerkte, daß bereits mehrere Broschüren in's Polnische übersetzt und an die unter deutscher Oberherrschaft stehenden Polen verteilt worden seien. Es liegt auch eine Zustimmungsadresse aus dortiger Gegend vor.

Ein Antrag aus Ottenen verlangt: Die Verfasser der Wahlprogramme haben sich streng an das Parteiprogramm zu halten. Es wurde ein Fall angeführt, welcher einen Verstoß gegen das Programm bilden sollte. Eine heftige Debatte, an der sich unter Anderen Otto, Hartmann, Bebel, Moß, Hasenclever, Weib, Frohne und Liebknecht beteiligten, förderte zu Tage, daß durchweg nach der Auffassung des vorjährigen Beschlusses die Wahlprogramme den Verhältnissen der einzelnen Gegenden anzupassen, auch gehandelt sei, daß aber allerdings dabei verschiedene Verstöße gegen das Programm, wie auch gegen die praktische Agitation vorgekommen seien. Schließlich wurde der Antrag Ottenen angenommen.

Hierauf kam der Antrag zur Debatte, die Verbreitung von Broschüren einzustellen, welche Gehässigkeiten gegen einzelne Parteigenossen enthalten. Der Antrag richtet sich gegen V. Beder's Schrift: „Die Agitation Lassalle's.“ Fröhne betonte, daß man sich mit Maßregelungen von Brecherzeugnissen nicht befassen könne und Lassalle zu hoch stehe, um von den geringsten Angriffen erreicht zu werden. Man geht unter der Bemerkung zur Tagesordnung über, daß das Central-Wahlcomité schon diesbezügliche Schritte gethan habe.

Hierauf entspann sich eine lange und heftige Debatte, veranlaßt durch die Frage, ob es wahr sei, daß Hasenclever sein Ehrenwort gegeben habe, die „Roths Jahne“ nach Beendigung der Wahlen eingehen zu lassen.

Von einer ganzen Reihe von Rednern, namentlich von Auer und Weib, Grottkau, Radow und Fröhne, wurde unter voller Zustimmung fast aller Delegirten bemerkt: daß allgemein die Annahme gewesen sei, Hasenclever würde die „Roths Jahne“ nach den Wahlen eingehen lassen. Dies habe Hasenclever dem Central-Wahlcomité und den Verlegern und Expedienten des damals noch in Berlin erscheinenden „Neuen Sozial-Demokrat“ wiederholt versichert oder angedeutet, und nur in Folge dessen hätten sich Letztere bewegen gefühlt, die „Roths Jahne“ nicht gleich bei ihrem Entstehen zu bekämpfen, was unter den obwaltenden Umständen jedenfalls besser gewesen wäre. Herr Hasenclever habe jedoch sein versprochenes Wort, das doch einem Ehrenwort gleichbedeutend sei, nicht nur nicht gehalten, sondern schlage auch in der „Roths Jahne“ einen Ton an, der unverkennbar darauf berechnet sei, eine Spaltung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands herbeizuführen. Mit Vorliebe schmeichle das bezeichnende Blatt der „Schwieligen Arbeiterpartei“ und hege diese gegen die „Jugendlichen Intelligenzen“. Dieses Vorgehen habe auch bereits einige Früchte gezeitigt, denn schon an mehreren Orten beginne sich, von einigen „unklaren Querköpfen“ zusammengesetzt, eine Partei „Roths Jahne“ oder besser gesagt, eine „Fraktion Hasenclever“ zu bilden. Bei den Bräuerischen in Hamburg sei das Blatt sehr beliebt. Einem derartigen Treiben müsse bei Zeiten ein Ziel gesetzt werden.

Hasenclever stellte zunächst, im Widerspruch mit mehreren Zeugen, in Abrede, daß er versprochen, nach den Wahlen die

„Roths Jahne“ eingehen zu lassen. Daß er in der „Roths Jahne“ die „Schwieligen Arbeiterpartei“ gegen die „Jugendlichen Intelligenzen“ gehegt, sei unklar. Alle seine Handlungen geschehen in vollem Interesse der Partei. Er könne absolut nicht einsehen, daß die „Roths Jahne“, wenn auch für ganz Deutschland bestimmt, dem „Vorwärts“ Konkurrenz machen könne. Die „Roths Jahne“ sei im eigentlichen Sinne des Wortes gar keine Zeitung, sondern eine, in bestimmten Zeiträumen erscheinende, laufende Broschüre und zur Herausgabe einer solchen bedürfte er doch nicht erst der Genehmigung der Parteibehörde. Deshalb, weil er Hasenclever heisse, könne man ihm solche literarische Unternehmungen ebenso wenig verbieten, als den Herren Moß, Brade und Genossen. Ohne die „Roths Jahne“ wäre die von ihm redigirte „Bergische Volksstimme“ in Barmen längst eingegangen und es fälle ihm durchaus nicht ein, sich die Herausgabe der „Roths Jahne“, die bis jetzt bloß im Interesse der Partei gewirkt, von irgend Jemandem verbieten zu lassen.

Tölde fragt an, was es für ein Verwenden habe mit der von Hasenclever projectirten Gründung einer illustrierten Wochenchrift, die doch geeignet sei, der „Neuen Welt“ Konkurrenz zu machen.

Hasenclever erklärt, daß die „Neue Welt“ als Beilage für die „Bergische Volksstimme“ zu theuer sei und deshalb ein solches billiges Unternehmen, welches der „Neuen Welt“ keine Konkurrenz mache, geplant sei.

Hasenclever bemerkt, daß die Anfrage Tölde's entstanden sei, weil er demselben mitgetheilt habe, daß ihm (Hasenclever) in Duisburg gesagt worden sei, Hasenclever beabsichtige hinsichtlich dieses illustrierten Wochenblatts bei allen in Rheinland und Westfalen bestehenden Parteiblättern anzufragen, ob sie dasselbe als Beilage haben wollen.

Wenn nun von keiner eigentlichen Konkurrenz der „Neuen Welt“ gegenüber die Rede sein könne, da die Mittel und Kräfte in Barmen dazu nicht vorhanden seien, so würde doch die Herausgabe der illustrierten Wochenchrift durch Hasenclever ebenso wie die Herausgabe der „Roths Jahne“ mit oder ohne Willen Hasenclever's bei einer großen Anzahl von Parteigenossen den Verdacht erregen, daß Hasenclever eine Spaltung beabsichtige, und dieser Verdacht schon sei geeignet, die Partei in hohem Maße zu schädigen.

Auf Antrag Bebel's wurde schließlich fast einstimmig beschlossen: „Der Congress verpflichtet Herrn Hasenclever, sobald die „Bergische Volksstimme“ ihre Unterhaltungskosten selbstständig zu decken im Stande ist, die „Roths Jahne“ eingehen zu lassen.“

Eine große Anzahl Stettiner Sozialisten haben sich in einem längeren Schreiben über das Gebahren des dortigen Agitators, Schuhmachers Zielowski, beschwert. Dieser hätte die Partei in ganz Pommern in größter Weise discreditirt und es schließlich soweit gebracht, daß eines Tages in Stettin zwei sozialdemokratische „Stettiner freie Zeitungen“ nebeneinander erschienen und sich gegenseitig in unerhörter Weise bekämpften. Nachdem mehrere Delegirte die vorgeschriebenen Beschuldigungen bestätigt, wurde einstimmig beschlossen: „Zielowski sowohl als auch die von ihm augenblicklich redigirte „Stettiner freie Zeitung“ werden fortan nicht mehr als zur sozialdemokratischen Partei gehörig betrachtet.“

Endlich wurde noch beschlossen: „Zu dem im Monat Juni d. J. zu Gent tagenden universellen sozialistischen Weltcongress einen Delegirten zu entsenden und die diesbezügliche Personenfrage dem Central-Wahlcomité anheimzugeben.“

Liebknecht bemerkt: Er ersuche das Central-Wahlcomité, bei der Auswahl eines Delegirten sehr vorsichtig zu verfahren, denn er befürchte, daß auf dem zu beschließenden Congresse die bakuninisch-anarchistische Richtung, die gegenwärtig sich wieder stark in den Vordergrund dränge, daselbst dominiren werde. In diesem Falle könne der Congress der gesammten Arbeiterbewegung nur Schaden verursachen.

Endlich wurde Bremen als Sitz der Beschwerde-Commission und Hamburg-Altona als Sitz des Central-Wahlcomité's und zwar die Genossen Auer, Braasch, Deroffi, Weib, Hartmann wieder gewählt.

Schluß des Congresses gegen 1 Uhr Nachts mit einer kurzen Ansprache Weib's und einem Hoch auf die sozialistische Arbeiterbewegung aller Länder.

Correspondenzen.

Berlin, 29. Mai. Der „Löwe“ hat endlich gebrüllt, daß er aber gut gebrüllt hätte, möchte ich nicht gerade behaupten. Am Mittwoch, den 23. Mai, tagte im großen Saale der Norddeutschen Brauerei eine liberale Wählerversammlung, einberufen vom

der Reichskanzler bei der Gründung der Central-Vodentredit-Gesellschaft Aktien ohne Einzahlung erhalten und Reichsdröder dieselben zu bedeutend höheren Kursen verkauft habe. Er sei der Meinung, der Angeklagte habe diese Behauptung böswilligerweise aufgestellt.

Gutsbesitzer v. Bülow versichert, gehört zu haben, daß v. Dieß gesagt habe: „Bismarck müßte jetzt ran!“ und „er müße noch so klein werden, daß er sein Brod aus der Hand eines ehrlichen pommerschen Junkers esse“.

General-Landschaftsrath v. Wländenburg bestätigte im Allgemeinen seine Aussagen vor dem Kreisgericht. Fürst Bismarck möge lange selber in dem Glauben gewesen sein, daß die Aktien für sein Conto zu 108 gekauft und später verkauft wurden, aber seine direkte Frage danach habe der Fürst mit großem Unwillen zurückgewiesen. Er habe deshalb an v. Dieß geschrieben, die Gerüchte seien leere Phantasien, seine Gewährsmänner hätten ihn belogen. Daß er (Beuge) f. B. bei einem Ehrenhandel mit dem Angeklagten an den Vermittler v. Eichenhardt geschrieben, es solle zu 108 wirklich gekauft sein, beruhe auf einem Irrthum seinerseits. (Schluß folgt.)

Frankreichs Maieblüthe.

Gemordet habt ihr die Gemeine*) Und sie verschert wie giftig Ras, Dann wüßt ihr euch die Hände reine Nicht wie Pilatus, nein im Scheine Der ordre moral*) Caiphas**)

Die Republik, das sind die Winde, Die ihr nun fähet vor der Welt, Sturm ist die Ernte; und die Winde Jerreißt; gewahrt ihr nun, ihr Blinde, Daß ihr auf Klattern euch gestellt?

Die Pfaffen dienen gen die Plamme Der Freiheit euch als ein Pepsan! Als Schächer hängt ihr jetzt am Stamme Des Kreuzes, doch mit keinem Schwamme Tränkt euch coelestia militans.

*) Deutsch für Commune. **) „Moralische Ordnung“ — Stichwort der Pariser Ordnungsbänditen.

Vorstand des Wahlvereins der Fortschrittspartei und vom Vorstand des liberalen Wahlvereins. Auf den Einlassarten stand ausdrücklich: Sozialdemokraten sind ausgeschlossen. An sechs Gerichten vorbei, deren jedem ich meine Einlasskarte zeigen mußte und die jeden Eintretenden mit prüfenden Blicken musterten, gelangte ich in den Saal, wo ich indessen für überstandene Prüfungsangst auf's herrlichste belohnt wurde, indem ich von einem siebenten Thürhüter ein Exemplar der Richterschen Brandrede gegen die Sozialdemokratie, über die ich schon zu berichten die Ehre hatte — gratis erhielt. Hocherfreut über den unfehlbaren „Sozialistentod“, den ich in der Hand hielt, bezog ich mich an einen Tisch, von dem einige Parteigenossen mir verstoßen zunickten. Auf der Tribüne thronte rechts der Wahlvorstand der Fortschrittspartei, links der der Nationalliberalen, über dem ganzen schwebte der conservativ-reactionäre Geist, und so war die Dreieinigkeit fertig, die den Kampf aufnehmen soll gegen die „Mächte der Finsterniß“. Bevor der Vorsitzende dem Candidaten Ludwig Löwe das Wort erteilte, bat er, das Candidatenrede, ein so jämmerliches Stück Arbeit, daß ich die Genügsamkeit der Zuhörer nicht genug habe bewundern können. Er gestand selber, daß er nicht Zeit gehabt habe, sich seine Rede zu überlegen, und betonte zugleich — man sollte es kaum glauben — die großen Dyer, die er habe bringen müssen, um die Candidatur übernehmen zu können. Für denjenigen, der zwischen den Zeilen sich mit leichter Mühe die Unwissenheit und Aufgeblasenheit des Mannes. Aus der Rede selbst, die im allgemeinen der alte Drei war, will ich nur wenig anführen. Herr Löwe hängte sich zunächst das arbeiterfreundliche Mantelchen um und besah sich darin von allen Seiten. Er gefiel sich augenscheinlich so gut in demselben, daß ihm die Erinnerung an die alten Zeiten, wo er noch zum allgemeinen Arbeiterverein gehörte, aufstieg und er sich in Phrasen erging, die hart an Sozialismus und Menschlichkeit streiften und augenscheinlich wenig Beifall bei seinem Publikum fanden, noch weniger aber auch von nur einem Arbeiter geglaubt wurden. Er meinte dann wohl den begangenen Fehler wieder gut machen zu müssen und erzählte deshalb nachher, daß er zwar Freund von Lassalle gewesen, ihm aber nicht mehr gefolgt sei, als er aus verletzter Eitelkeit die Fortschrittspartei verlassen und die Sozialdemokratie begründet habe. Hier wurde nachher von einem Interpellanten behauptet, daß der Löwe gelogen habe, indem er noch nach Lassalle's Tode dem Allgemeinen Arbeiterverein angehört habe. Doch wurde der Interpellant zur Ruhe verwiesen, weil Herr Löwe nach Ende seiner Rede das Lokal schleunigst verlassen hätte. Der Hauptvorwurf, den der saubere Fortschritt-Löwe übrigens der Sozialdemokratie machte, war — ihre Vaterlandslosigkeit. Nachdem Herr Löwe seine Rede beendet hatte, wurde er über Gründungen, an denen er Theil genommen und über Buchhändlerarbeit, die er hatte anfertigen lassen, interpellirt. In Betreff der Buchhändlerarbeit behauptete Herr Löwe, den Sträflingen denselben Lohn geben zu haben, was, wie die „Berliner Freie Presse“ erfährt, nicht wahr sein soll.

Im Verlauf der Interpellation erklärte übrigens der Vorsitzende, daß er Sozialdemokraten das Wort nicht geben werde. Auf das darauf folgende „Aha“ der anwesenden Sozialisten, erscholl der Schreidenschrei: „Es sind Sozialdemokraten hier! Raus, raus!“ Darauf furchtbarer Tumult, bei dem 75 Stühle zerbrochen sind.

Ein neben uns sitzender Mann sagte nachher zu seinem Nachbarn, daß er einmal in einer sozialistischen Versammlung gewesen, wo es außerordentlich zugegangen sei, und der Wirth des Lokals, dessen ich hier als eines sehr gerechten und uns gefälligen Mannes Erwähnung thun will, hat nachher den Herren gesagt, daß am nächsten Tage, wo die „rothen“ Arbeiter Versammlung hätten, keine Stühle zerbrochen werden würden. So ist es denn auch gekommen.

Am folgenden Abend nämlich war in demselben Lokale von unserer Seite eine allgemeine Wählerversammlung veranstaltet, in der Herr Hasenclever über „Vollfreunde und Vollfeinde“ sprach. Die Versammlung war noch besuchter, als die liberale. Eintrittskarten brauchten nicht gezeigt zu werden, Thürhüter waren auch nicht da, auch las Herr Hasenclever seinen Vortrag nicht ab. In demselben riß er dem Liberalismus die heuchlerische Maske der Vollfreundlichkeit vom Gesicht und zeigte dessen Vertreter in ihrer wahren Gestalt als Vollverräter und Vollfeinde. Der Vortrag wurde mit Enthusiasmus aufgenommen, und die Versammlung sprach sich zum Schluß einstimmig für die Wahl Hasenclever's aus.

Eugen Richter, wiederholt eingeladen, war auch jetzt nicht er-

Ich gönnt den Funken euch, Barbaren, Im Pulverfaß, darauf ihr steht, Wüßt ich es nicht seit langen Jahren, Daß wenn Tyrannen sich zerfahren, Das arme Volk in Trümmer geht.

Kurt Roß.

— Beitrag zur Unfall-Statistik. Bei der Hagdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen im Monat April 1877 zur Anzeige: 6 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben; 6 Unfälle, welche deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben, 29 Unfälle, welche für die Verletzten voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 303 Unfälle, mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Sa. 337 Unfälle. Von den 6 Todesfällen treffen sie einer auf ein Etablissements für Was- und Wasseranlagen, eine Eisengießerei und Maschinenfabrik, Gerberei, Holzschneiderei, Chamottfabrik, Glockengießerei; von den 6 lebensgefährlichen Beschädigungen 2 auf Bierbrauereien, je eine auf eine Mahl- und Schneidemühle, Bleiweiß- und Zinkfabrik, Holzhandlung und Landwirthschaftsbetrieb; von den 29 Invaliditätsfällen 3 auf Zuckerraffinerien, je 2 auf Papierfabriken, Baumwollspinnereien, 3 auf Gasanstalten, Spiritusbrennereien mit Hackselmashinenbetrieb, und je einer auf einen Landwirthschaftsbetrieb, Steinbruch, eine Mineralogische und Porzellanfabrik, Kunstmüllfabrik, Zuckereccerei und Spinnerei, Ziegel-, Spinnerei und Weberei, Köhren- und Riemenfabrik, Holzschneiderei, Malzfabrik, ein Baugewerbe und ein Puddel- und Walzwerk.

— Ditto. Im Monat Mai dieses Jahres wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungsbank in Leipzig 12 Todesfälle, 4 Unfälle, die den Betroffenen Lebensgefahr bereiteten, 6 Unfälle, die ihrer Natur nach den Eintritt einer totalen oder theilweisen Invalidität der Verletzten erkennen lassen und 434 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticirten ergabten, zusammen 456 Unfälle angemeldet. Von den 12 Todesfällen erlitten sich 4 in einer chemischen Fabrik durch Dampfessel-Explosion, je 2 in Steinkohlenbergwerken und Bangeschäften und je 1 in einer Papierfabrik, einer Streichgarnspinnerei, einer Eisensteingrube und einem Steinbruch. Von den 4 lebensgefährlichen Beschädigungen entfallen je eine auf eine Eisengießerei, eine chemische Fabrik, eine Zwirnerei und Nähfadefabrik und einen Kalksteinbruch, während von den 6 Invaliden je einer auf eine Eisengießerei, eine Papierfabrik, eine Buchdruckerei, eine Fabrik für Fußschlitz-Material, eine Gussstahlfabrik und eine Bräudbauanstalt kommt.

diese Weise in die Debatte hineingezogen werden, und daß hier so große Begriffsverwirrungen oder Verleumdungen vorliegen. Das könne er alles beidigen, denn er habe noch nie einer Fliege etwas Unrechtes gethan, viel weniger einem Menschen, bitte aus seiner Entlassung, da seine Kinder allein zu Hause seien.

Der Wirkliche Geh. Rath v. Thiele deponirte ungefähr Folgendes: Vor etwa 7 Jahren habe ihm Savigny mitgetheilt, er habe von Rothschild gehört, daß bei den Besprechungen über die Gründung der Central-Vodentreditgesellschaft von der Reservierung einer Million Aktien die Rede gewesen, die Reichsdröder auch successive ausgeführt habe, und zwar im Interesse des Fürsten Bismarck, wozu er sich als dessen Vermögensverwalter berechtigt gehalten. Unvorsichtigerweise habe er (Zeuge) das an familie auch Herrn v. Dieß vertraulich erzählt. Auf die Bemerkung des Vertheidigers, der Zeuge v. Rothschild habe immer nur von einer „Betheiligung“ gesprochen, was man im Sinne des Vrienausdrucks verstehen müsse, entgegnete der Vorsitzende, daß der Zeuge schon gesagt, es sei ihm nichts davon bekannt, daß Bismarck irgend etwas in dieser Sache erhalten habe.

Gutsbesitzer v. Simpson war bei der Gründung der Gesellschaft in keiner Weise betheilig, und als Herr v. Wedemeyer ihn wegen der Reservierung der halben Million für den Reichskanzler befragte, habe er ihm geantwortet, er wisse nichts davon.

Gutsbesitzer v. Hammerstein resumirt den Inhalt des Gesprächs im Eisenbahncoupé dahin, daß v. Dieß behauptete, es sei dem Reichskanzler aus den Differenzgeschäften bei den Aktien der Central-Vodentredit-Aktiengesellschaft ein Vortheil von 200,000 Thalern erwachsen, welches Verfahren er als nicht gentlemanlike bezeichnete, selbst wenn der Fürst vorher nicht davon gewußt hätte. Herr v. Dieß habe aber schon damals erklärt, es sei nicht seine Absicht, den Reichskanzler zu kürzen, sondern ihn dem Einfluß der Haute-Finanz zu entziehen.

Der Gutsbesitzer v. Birgeß versichert, daß er von der angeblichen Betheiligung des Fürsten schon lange vorher gehört, ehe er den Angeklagten kennen lernte, das sei allgemeines Gesellschaftsgeplär gewesen.

Graf v. Borde sagt aus, der Angeklagte habe ihm auf der Jagd am 3. Januar v. J. mitgetheilt, er könne beweisen, daß

schienen. Herr Hasenclever widerlegte und kritisierte deshalb zum Schluss noch die lächerlichsten Stellen seiner Rede, und die Versammlung erklärte das Benehmen Richters für unwürdig und feige.

Seitdem hat sich die Fortschrittspartei wieder einmal in ihrem wahren Lichte gezeigt. Im hiesigen Norddistrikt, einem sogenannten Bezirksverein, sollten nämlich am Mittwoch, den 30. Mai, sowohl Hasenclever als Löwe sprechen. Beide waren eingeladen, aber man hat es kurz vorher dahin zu bringen gewünscht, daß die Versammlung nicht stattfand. Man sieht die blasse Furcht, die diese Leute vor der Wahrheit haben. Die Wahlvorbereitungen gehen indeß rüstig weiter, so daß wir das Beste hoffen dürfen.

Auch im 5. Wahlkreise fand am Dienstag, den 29. Mai, die erste Wählerversammlung statt, in der Herr Dr. Stamm einen Vortrag über den „Sozialismus und die Förderung des Gemeinwohlens“ hielt und zum Schluss die sehr gut besetzte Versammlung aufforderte, energisch für die Wahl Otto Kapell's einzutreten.

Die Stimmung der Versammlung war eine sehr gute. Hoffen wir auch hier das Beste.

Potsdam, 29. Mai. Wie auf Verabredung werden auf den Fischen des hiesigen Kohlenreviers die sogenannten „Arbeitsordnungen“ eingeführt. Daß mit diesen „Arbeitsordnungen“ nur eine noch größere Knebelung der Arbeiter bezweckt wird, als sie seither gewesen ist, braucht kaum erwähnt zu werden. Nachdem auf den Fischen „Tremonia“ und „Westfalia“ mit den Knebelungsversuchen der Anfang gemacht worden war, konnte es nicht ausbleiben, daß das Beispiel bald Nachahmung finden würde. Den Reigen eröffnete neuerdings die Fische „Margaretha“ bei Solde, wo gestern Morgen bekannt gemacht wurde, daß bei denjenigen, die von jetzt an einfahren, angenommen werde, daß sie die seit März dort aushängende neue „Arbeitsordnung“ unterschrieben hätten und zu den in derselben aufgestellten Bedingungen arbeiten würden. Man hatte bei diesem löblichen Vorhaben, wahrscheinlich aus Angst, daß die Arbeiter es sich nicht würden so ohne Weiteres gefallen lassen, die Polizeimacht in entsprechender Anzahl bei der Fische postiert; aber es verlief alles ruhig, die Arbeiter nahmen mit stummer Resignation die Vorschriften an, denn sie wissen wohl, daß bei thätlichem Widerstand für sie Nichts herankommt. Dagegen waren Alle darüber sich im Klaren, daß sie unter den ihnen aufgedruckten Bedingungen nicht weiter arbeiten könnten, und ist in Folge dessen kein Einziger, weder Bergmann, noch Maschinenwärter, noch Schürer, wieder angefahren. Die alsdann erlassene erste Maßregel, um die Arbeiter müde zu machen, war die liebenswürdige Aufforderung an die Bewohner der Fischenhäuser, ihre Wohnungen binnen drei Tagen zu räumen. Die Belegschaft von „Margaretha“ beträgt 450 Mann. Als Beweis, daß die Arbeiter den „Herren“ nicht zu viel von ihrem Entbehrungslohn abgenommen, mag erwähnt werden, daß von der Belegschaft nur ein Mann über 30 Thaler, etwa 30 Mann über 20 Thaler, alle Uebrigen aber unter 20 Thaler monatlich verdienen haben. Eine Herabsetzung dieser Löhne würde die Familien der Arbeiter ohne Frage dem Hunger und Elend preisgeben. — Auch auf Fische „Schürer“ „Charlottenburg“ bei Aplerbeck ist man an demselben Tage gegen die Arbeiter vorgegangen, indem man zuerst eine (man höre und staune!) zehnständige Arbeitsfrist verlangte. Die Arbeiter gingen aber darauf nicht ein, versagten vielmehr die Beibehaltung der alten Sitte und Erhöhung der seit Februar herabgesetzten Löhne um 25 Prozent. Die „Herren“ blieben aber unerbittlich, und die Arbeiter führen nicht wieder ein. Die Belegschaft dieser Fische beträgt circa 400 Mann. Es müssen nun vor allem Vergewaltigungen anderaumt werden, um die weiteren Schritte in Betreff beider Fische zu berathen. Hoffentlich werden die Bergarbeiter diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne einzusehen, was dringend noth thut — und das ist Organisation!

Wladenz, 27. Mai. (Gautag des Bodensee-Gauverbandes der deutschen und österreichischen Arbeiter-Bildungsvereine, abgehalten zu Lindau.) Anwesend sind Delegirte aus: Augsburg, Bregenz, Ulm, Konstanz, Dornbirn, Freiburg i. B., Feldkirch, Hardt, Radolfzell, Ueberlingen. Bureauwahl war laut den Statuten des Verbandes leider nicht gestattet. Bei Eröffnung der Versammlung stellten die Vorarlberger Abgeordneten den Antrag, man möge an den Arbeitercongrès in Gotha, resp. an das dortige Localcomité, ein Begrüßungs-Telegramm senden. Der Vorsitzende fragte jedoch kurz: „So, Sie wollen, daß wir als Anhänger von Schulze an Sozialisten ein Begrüßungs-Telegramm senden?“ Die Antragsteller entgegnete darauf, daß sie nach Lindau gekommen seien, um als Delegirte über die Arbeiterinteressen zu berathen und wollten auch sofort das Local verlassen. Ein Vorarlberger Delegirte tadelte jedoch in crassen Worten das Auftreten des Vorsitzenden und es gelang ihm auch, die enttäuschten Kollegen zum Stehen zu bestimmen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung: Rechenschaftsbericht des Gauverbandes, ergab, daß der frühere Gauverband-Vorstand vom damaligen Vorort Konstanz die Verbandskassette um 28 Mark betrogen hatte. Troßdem laut Statuten die Vereinsleitung und der Vorort für die Kassagebahrung nicht verantwortlich ist, stellte der Vorsitzende den Antrag, es habe der frühere Vorort Konstanz dies Defizit zu beden. Daß sich der Abgeordnete für Konstanz dies ruhig gefallen ließ, ist mir insofern erklärlich, als er warmer Anhänger von Schulze ist, demnach zu Allem Ja und Amen sagen muß, was von „Oben“ kommt. Abgehend von der Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden ein Antrag zur Debatte gestellt, dahingehend, im Interesse der Arbeiter beider Reiche gegenseitig auf eine Zeitung zu abonniren, um mit den verschiedenen Vereinen stets geistige Fühlung zu behalten und erklärte die Vorarlberger Delegirten einstimmig die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ erwählen zu wollen, wenn die Süddeutschen die „Gleichheit“ in Wien erklärten. Der Gedanke war gut, doch die Herren Schulzeaner erklärten ebenso einstimmig, daß es sich mit ihre Prinzipien nie vereinbaren ließe, eine Zeitung, welche die Auffassung: Organ der Sozialdemokratie Oesterreichs trage, zu unterstützen. Eine solche Engverzigkeit und Aengstlichkeit hätte ich an dieser Stelle nicht erwartet. Der Vorsitzende, ein sehr beschränkter Kopf, soweit es sich um die Vertheilung der Arbeiterfrage handelt, ließ später wieder von der Tagesordnung abgehen und kam hierbei in eine Korrespondenz zwischen Lindau und Purgatz zur Verlesung, in der die Lindauer Vereinsleitung in puncto der Bildung in ein nicht gerade günstiges Licht gestellt wurde. Der Schriftführer von Lindau glaubte nun seinem Aerger, indem der seine Umgangston auch seines Herrn Vorstandes bestens beleuchtet wurde, dadurch Luft machen zu müssen, daß er schnell eine vor ihm stehende Blumenvase ergriff, um diese dem Sprecher an den Kopf zu werfen. Der Herr wurde aber noch rechtzeitig beim Arme festgehalten. Nach wenigen Minuten sahen nur noch die Delegirten von Freiburg i. B., Konstanz, Ueberlingen, Radolfzell und Garsbrunn bei den tapfern Streikern vom Bureau. Und trotz der traurigen Lage hervorgerufen durch die Unfähigkeit des Vorsitzenden eine Versammlung zu leiten, wagten es

doch einige Abgeordnete Boralbergs, nochmals das Local zu besuchen, um vielleicht doch noch etwas für das allgemeine Beste thun zu können und auch, um die Differenzen möglichst auszugleichen. Der Vorsitzende ließ die Eingetretenen jedoch das Local sofort verlassen und rief ihnen in seiner Beschränktheit mit Stentorstimme zum Fenster hinaus auf die Straße nach: „Da gehen die Sozialisten Boralbergs, das sind lauter Sozialdemokraten,“ als ob man seiner politischen Ansicht wegen nicht mehr über die Gasse gehen dürfte. Und um das Werk zu krönen, wurde die seit längerer Zeit schon bestehende gegenseitige Wanderunterstützung von 1 Mark gegenüber den österreichischen Arbeitern verworfen. Der Bodensee-Gauverband wurde aufgelöst und trat derselbe in den „Süddeutschen Verband“ ein. Daß der Beschluß, die Wanderunterstützung betreffend, auch von den denkenden Arbeitern ebenso freudig, wie von den Delegirten acceptirt werden sollte, glaubte gewiß Niemand und würde es nicht freuen, wenn die süddeutschen Mitglieder der Arbeiter-Bildungsvereine einstimmig gegen das Vorgehen ihrer Delegirten Protest erheben würden.

Trenen, 27. Mai. Am 16. d. M. starb nach längerem Leiden unser Gotthold Stöckel im 48. Lebensjahre. Wie seiner Familie als Ernährer, so ist er uns als waderer Mitstreiter viel zu früh entrisen worden. Er war der Erste und auch fast der Einzige, der an unserem Orte, als 1869 die ersten Keime der freigeitigen Bewegung sich zeigten, unsere Bevölkerung aus dem Schlafe rüttelte, mit Manneskraft und ganzer Hingebung unseren Ideen Eingang verschaffte und seitdem treu und tapfer bis kurz vor seinem Ende wirkte. In Folge seines rücksichtslos energischen Vorgehens erntete er bei den besitzenden Klassen stupide Verurtheilung, und leider fanden sich auch Arbeiter, welche ihn zu schädigen suchten. Am vergangenen ersten Pfingstfeiertag wurde Stöckel unter jahrelangem Geleit von Freund und Feind zur ewigen Ruhe bestattet. Mehrere Parteigenossen aus Reichenbach waren trotz des niederströmenden Regens herbeigeeilt, um dem verehrten Todten die letzte Ehre zu erweisen. Unter ihnen war unser tüchtiger Genosse Robert Müller, welcher einen Lorbeerkranz auf das Grab des Dahingegangenen niederlegte und dabei des Schaffens und Wirkens des theuren Kämpfers in kurzen Worten erwähnte. Wir lobten uns, durch festes Zusammenstehen die verlorene Kraft erziehen zu helfen.

An die verehrlichen Redaktionen der Gewerkschafts-, resp. Arbeiterorgane Deutschlands und an die verehrliche Redaktion des „Gewerkschafter“ in Oesterreich.

Der Vorstand des „Bund der Glasarbeiter Deutschlands“ macht hierdurch bekannt, daß für den „Bund“ vom 30. Juni, resp. 1. Juli d. J. an ein Organ unter dem Namen: „Neue Glashütte“, Organ für die Interessen der Glasarbeiter, wöchentlich neu erscheint, und ersuchen wir die geehrten Redaktionen derjenigen Arbeiter-Blätter, welche mit uns in ein Austauschverhältnis zu treten ein Interesse haben, dies unter genauer Angabe ihrer Adressen bis spätestens den 25. Juni d. J. an Unterzeichneten gefälligst zu berichten.

14. sächsischer Wahlkreis.
Gestern constituirte sich das am 18. d. gewählte Kreiswahlcomité. Alle Briefe sind zu senden an Karl Kluge, Windmühlenstr., Gelder aber an Gustav Reichelt, Lindenplatz.
Großgörsch, 31. Mai.

Briefkasten
der Expedition. Henze London: 4,50 haben wir Ihnen Conto Spencer gut gebracht.
Guitting. A. Erdm Gotha Ab. 11,00. Immler Meyer Sch. 8,00. Mähren Grimmitzschau Sch. 2,00. Sch. Stummsdorf Ab. 1,00. F. Gny San Francisco Ab. „R. W.“ 38,97. „Borm.“ Ab. 40,00. G. Ehrlich Hildesheim Ab. 14,27. Sch. 0,76. Th. hier Ab. 0,60. Dr. App. Kottweil Sch. 5,00. W. hier Ab. 0,56. R. Schumann Connewitz Ab. 2,20. Arb.-Bild.-Berein Maffersdorf Ab. 2,31. A. Lürmann Chicago 399,97. R. Ebbert Vignitz Sch. 2,50. Eßmann Wormen Sch. 1,65. Dbl. Rung Sch. 5,00.

der Redaktion. A. A. in Göppingen: Aus taktischen Gründen können wir Ihre Polemik gegen die Haltung des Blattes nicht veröffentlichen. Wenden Sie sich an Diejenigen, denen die Leitung und Ueberwachung des Blattes anliegt. Dr. W. R. in W.: Der sicherste Weg ist die Einfindung des Betrages per Postanweisung: Das Abonnement nebst Porto beträgt bei wöchentlich dreimaliger Conserverendung M. 10,00, bei einmaliger Sendung (3 Nummern) M. 4,80 pro Quartal. Für die Notiz besten Dank.

Offener Brief an Hrn. Dr. J. Gühr in Stuttgart.
Da sich der „Vorwärts“ einer großen Verbreitung erfreut, so glaube ich Ihnen edlen Bestrebungen zur Verbreitung des Smiles'schen Buches „Die Sparjamkeit“, welche nach Ihnen ja mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie gleichbedeutend ist, förderlich zu sein, indem ich die Redaktion genannten Blattes bitte, Ihrem Circular einige Zeilen zu widmen.

Mit Paula Erdwurst von dem Gedanken befeelt, „nicht vorgreifen zu wollen“, kann ich doch nicht umhin, beiläufig zu erwähnen, daß mich die „Sparjamkeit“ bei Herausgabe von Geldern für alskatholische und sonstige Gühr'sche Schriften in den Stand gesetzt hat, 5 Mark für

*) Ist überflüssig! Zur Erweiterung unserer Leser bringen wir aber das kostbare Schriftstück nachstehend zum Abdruck.
„Stuttgart, Datum des Poststempels.“

Bei der gegenwärtigen sozialistischen Agitation, welche so vielfach die Arbeitermassen von dem einzig sicheren Wege, auf dem eine gedeihliche Zukunft zu gewinnen ist, demjenigen des Fleißes und der Sparjamkeit ab- und einer stillosen und geistigen Verwilderung entgegenführt, kann nicht einbringlich und laut genug auf jenen Weg hingewiesen und muß der sozialdemokratischen Verführung durch die Lehren der Vernunft, der Erfahrung, der Sittlichkeit und Religion entgegengetrieben werden.

Der unterzeichnete Herausgeber der „Flugschriften für Volksaufklärung“ (Verlag des Süddeutschen Sonntagsblatt in Stuttgart) hofft ein Scherlein zu dem angezeichneten Zwecke beizutragen, indem er die Grundgedanken des rühmlichst bekannten Werkes von Smiles: „Die Sparjamkeit“, das seines Umfangs und seines Preises wegen den großen Massen nicht zugänglich ist, in form einer Flugschrift in bekanntem Format und Preis (32 Seiten klein Octav, à 10 Pf. das Exemplar) behufs Massenverbreitung in einfacher, allgemein verständlicher Sprache für Jedermann zugänglich gemacht hat.

Briefe sind Sie so freundlich, ihn durch Befestigung von einer Anzahl von Exemplaren, die Sie in den Kreisen Ihrer Umgebung in geeigneter Weise verbreiten zu lassen in der Lage sind, in seinem Bestreben zu unterstützen. Es wird Ihnen ein Rabatt von 25 Prozent eingeräumt.

Ihrer gefälligen Entschliessung entgegengehend,
zeichne hochachtungsvoll Ihr
Dr. J. Gühr.

Zweck der „Volksbildung“ stiftig zu machen. Ich habe diesen Betrag dem Agitationsfonds der sozialistischen Partei Deutschlands heute unter der Bedingung zuweisen lassen, daß Ihnen in den entsprechenden Kassabüchern die Anfangsgründe der Nationalökonomie portofrei unter Kreuzband übermittleit werden. Zugleich möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß, so zeitgemäß die Mahnung zur „Sparjamkeit“ dem allerorten herrschenden Elend gegenüber auch sein mag, dabei nicht vergessen werden dürfen, wenn es sich um eine so erhabene Sache wie die der gegenwärtigen sozialen „Ordnung“ handelt. Unter uns, lieber Herr Doktor, Sie könnten sich ein großes Verdienst erwerben und der „sozialdemokratischen Verführung“ in nie dagewesener Art entgegenwirken, wenn Sie einen Theil Ihrer kostbaren Zeit (viel Mühe kann Ihnen das ja nicht kosten) auf die Widerlegung der grundlegenden sozialistischen Fäher von Carl Marx, Carl Friedrich Lang, Schaeffle u. s. w. verwenden wollten. Sollten die genannten Herren und deren Werke Ihnen nicht bekannt sein, so thut das nichts. „Widerlegen“ können Sie dieselben ja doch! Rüge der Gott der „liberalen Katholiken“ Sie inspiriren! Der Genius der „Volksbildung“ wird sich vergnügen die Flügel reiben und Ihnen danken durch sein mildestiges Lächeln.

Civis germanus Pseudo-Bourgeois.
Nachschrift. Seien Sie nicht so unvorsichtig beim Adressiren.
Es wimmelt ja überall von „geistig und stillos“ Verwildertern.
F. Finis Gühr.
D. D.

Aufforderung. Herr P. Hundt, früher in Bornstedt, wird hiermit ersucht, mit Unterzeichnung in Correspondenz zu treten.
E. Breuel, Hohenfelde bei Hamburg.
Angersstr. 42.

Für die gemäßigtesten Krupp'schen Arbeiter.
Von C. Sch. hier 1,50. C. F. 2,50.
In voriger Nr. ist irrthümlich M. 10,00 für Berliner Wahlfond quittirt.

Berliner Wahlfonds.
Von C. F. Reutlingen 2,50. J. Reutlingen 1,00.

Anzeigen zc.

Altona. **Volksverein.**
Mittwoch, den 6. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in Bohm's Salon, Breitestraße 32:
Geschlossene Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.
H. Walthers, Wilhelmstr. 59, 3 Tr. z.
NB. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Hannover. **Donnerstag, 7. Juni, Abends 8 Uhr,**
im Saale des Ballhofes:
Große Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Berichterstattung des Hrn. Meißner vom Gothaer Congreß. (S. 163) H. Rudolph.

Leipzig. **Bund der Tischler u. verwandter Berufsangehörigen.**
Die Mitglieder werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, ihre alten Gewerkschaftsbücher in Ordnung zu bringen und die neuen Bundesbücher in Empfang zu nehmen.
Kranken-An- und Abmeldungen können nur bei unserm Kassirer Rebel, H. Fleischergasse Nr. 15, Exped. der „Fadel“ bewirkt werden.
90] **Die Ortsverwaltung.**

Mittwoch, den 6. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, Ausfahrt im Arbeiterbildungsverein.

Leipzig. **Donnerstag, den 7. Juni, Abends 7 1/2 Uhr,**
Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:
Öffentliche Sozialistenversammlung.
Tagesordnung: Diskussion über die Verhandlungen des Sozialisten-Congresses.
Der Agent. 160

Leipzig. **Arbeiterbildungsverein.**
Sonntag, den 10. Juni:
Erstes Sommerfest
im „Neuen Schützenhaus“, bestehend in ununterbrochenem Concert, Gesang, Belustigungen für Damen, Herren und Kinder, und Ball von 6 Uhr an. Freunde und Gönner sind hiermit freundlich eingeladen. Programm sind zu haben im Vereinslokal Ritterstr. 43/11. — Anfang Nachmittags 3 Uhr.
D. B. 170

Osnabrück. **Donnerstag, den 7. Juni, Abends 8 1/2 Uhr**
im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemänge 21:
Öffentliche Arbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Sozialisten-Congreß. 2. Rechnungsablage über die eingenommenen und verausgabten Gelder zu demselben.
Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
90] **P. Krowiarz.**

Für ein größeres Parteiorgan wird ein Mitarbeiter gesucht, der selbstständig arbeiten und sich über seine literarische Befähigung ausweisen kann. Offerten unter A. R. an die Exped. d. Bl.

Reusfelwitzer Braunfohlen, Zwidauer Steinkohlen, Erfurter Landesprodukte, Nordhäuser Brauntwein zc. vermittelt in preiswerther Waare ein gemäßigter realer Parteigenosse, der gezwungen ist, sich ohne öffentliche Namensnennung als Agent den geschäftsreisenden Parteigenossen, Consumvereinen zc. auf diesem Wege zu empfehlen. Briefe vermittelt zur Einleitung weiterer Verbindungen.
Die Expedition des „Vorwärts“.

Stellegeuch.
Ein junger Kaufmann, gewandter Buchhalter, Correspondent und Rechner, der mehrere Jahre in großen Bankgeschäften thätig war und sich als eifriger Parteigenosse und Mitarbeiter an Parteiblättern ausweisen kann, sucht Beschäftigung, am liebsten an einem Parteiblatt oder an irgend einem sonstigen Parteiunternehmen. Briefe für ihn adressire man unter L. M. an die Expedition dieses Blattes.
(S. 160) (S. 30) (S. 300)

Juristisches Taschenlexikon!
von Dr. Lehn.
Unentbehrlicher Rathgeber in Prozessen, Wichtig für Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Kaufleute zc.
Das Werk ist zudem noch ein leichtfaßliches, übersichtliches Handbuch für Prüfungs-Candidaten.
7 Bg. 8. Preis 1 Mark.
(S. 300)

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Hübnerstraße 12/II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.